

Nachrichten aus Europa

Situation von Flüchtlingen in Italien 1995

(Februar 1995)

Ende Januar 1995 trafen sich in Turin verschiedene Zusammenschlüsse von Flüchtlingen, MigrantInnen und Unterstützerinitiativen aus ganz Italien. Seit Jahren hat es in diesem Land kein solch überregionales Treffen gegeben. Auf der Tagesordnung stand ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch, aber auch die Vorbereitung einer großen Demonstration am 25. Februar 1995 in Rom und die Diskussion einer neuerlichen Legalisierungskampagne.

Die "Forschungsgesellschaft Flucht und Migration" (FFM, Berlin) berichtet im folgenden: von den wichtigsten Initiativen der Gesundheitsversorgung für Personen ohne Krankenschein und ohne Aufenthaltspapiere in Italien, über die dortige Entwicklung der Asyl- und MigrantInnenbewegung der letzten Jahre sowie über aktuelle Hausbesetzungen bei Rom.

Mit Berichten dieser Art will die FFM in den kommenden Monaten einen Überblick über die Situation in anderen Ländern geben, mit Anlauf-Adressen, Einschätzungen und Recherchen, die engagierte Gruppen für eine Organisierung über die Grenzen hinweg nutzen können. In den kommenden Monaten werden Berichte zu den sog. sicheren Drittstaaten Polen und Rumänien folgen.

1. Gesundheitsversorgung

Montag, 30. Januar 1995, Turin, Klinik Sant'Anna: Polizisten kontrollieren die Eingänge, auf der Suche nach einer Nigerianerin. Schließlich wird eine Mitarbeiterin des Kollektivs Senza Frontiere ("Grenzenlos") festgenommen, auf die Wache gefahren und nach einiger Zeit wieder freigelassen. - Sant'Anna ist die einzige Klinik in Turin, in der Frauen ohne EU-Paß ("Extracomunitarie") eine Abtreibung bei Dringlichkeit vornehmen lassen können - auch ohne Aufenthaltspapiere und ohne Krankenschein. Die Kontrolle bzw. der Ausschluß durch das Gesundheitssystem funktioniert in Italien anders als in der BRD: So gibt es in Italien viele MigrantInnen, die zwar über ein reguläres Aufenthaltsrecht verfügen, denen aber aufgrund fehlender legaler Beschäftigung die behördliche Anmeldung der Wohnadresse verweigert wird, sie haben keine "residenza". Und ohne Anmeldung erhält in Italien niemand einen Krankenschein.

In der Aufnahmestation der Klinik Sant'Anna wird der Ausweis von Nicht-EU-Personen verlangt. Ohne Krankenschein muß vor der Abtreibung umgerechnet ca. 500 DM bezahlt werden. Und nach der Abtreibung wartet häufig die Polizei am Ausgang. Die Aufnahmestation hat den direkten Draht in das Polizeirevier. ED-Behandlung und Abschiebung der Irregulären - auf Veranlassung des Krankenhauses. "Wenn du schwarz bist", so eine Mitarbeiterin von Senza Frontiere, "darfst du in Turin nicht in einer Klinik abtreiben" - oder du brauchst Hilfe zum schnellen Verschwinden nach dem operativen Eingriff. Die Mitarbeiterin wurde kurzzeitig verhaftet, weil laut Aufnahmestation "sie schon einmal eine Nigerianerin hat entwischen lassen."

Der Zusammenschluß Senza Frontiere hat zu Beginn der 90er Jahre begonnen, eine stabile Gesundheitsversorgung für Irreguläre - wie hier die Personen ohne die nötigen Aufenthaltspapiere genannt werden - und für Personen ohne Krankenschein aufzubauen. Daraus hervorgegangen ist ISI ("Informazione salute immigrati" - Gesundheitsinformation für Immigrierte), die seit dem 11. Mai 1992 als feste Anlaufstelle in der Turiner Via Vertola, Hausnummer 53, arbeitet. ISI hat ganz offizielle Öffnungszeiten: Nachmittags, außer Mittwoch, von 15.00 bis 18.00 Uhr. Von den 3.100 Personen, die

sich in den letzten zwei Jahren an diese Initiative gewandt haben, waren 80% nicht in Besitz eines Aufenthalt-Dokuments, und 60% waren Frauen. Keine der 3.100 Personen hatte die Möglichkeit, einen Krankenschein zu bekommen. Peruanerinnen und Nigerianerinnen frequentieren am häufigsten das Zentrum.

Bei ISI, die mittlerweile auch von einem Teil der institutionellen Gesundheitsstruktur des Stadtteils (Us1 1) unterstützt wird, arbeiten in der Regel vier Angestellte, darunter eine Peruanerin und ein Marokkaner, sowie vier Ehrenamtliche. Vormittags sind sie unterwegs auf Behördengängen und in Kliniken, um Behandlungstermine zu vereinbaren oder um MigrantInnen bei Behandlungen zu begleiten. Nachmittags ist meist auch ein Arzt oder eine Ärztin bei ISI, in der Freiwilligenschicht. Gianni, der ISI mitaufgebaut hat: "Wir haben Ärzte einbezogen, weil viele MigrantInnen in der akuten Phase einer Erkrankung herkommen, und dann ist nicht nur eine Diagnose nötig, sondern auch eine erste Behandlung." Auf die Frage nach den häufigsten Gründen, die zum Besuch der ISI führen, sagt Gianni: "Das sind allgemeinmedizinische Probleme, Basismedizin ist da nötig. Augenärztliche Fragen, Gynäkologie und Zahnbehandlung stehen im Vordergrund." Um 20.00 Uhr, das Zentrum hat eigentlich seit zwei Stunden geschlossen, werden für heute die letzten Personen beraten: Ein Marokkaner ist da, seine Aufenthaltserlaubnis ist abgelaufen, und er braucht dringend eine ärztliche Untersuchung bzw. eine Bescheinigung, daß er arbeitstauglich ist - für eine angebotene Schwarzarbeit.

Hauptbahnhof Turin, abends: 100 bis 150 MigrantInnen, Obdachlose und Prostituierte übernachten im Winter hier. Das war so bis Ende Januar 1995. Die Privatpolizei Argus wurde dieser Tage von der FF.SS. (der staatlichen Eisenbahngesellschaft) beauftragt, alle zu vertreiben und die "Säuberung" des Bahnhofs von Wohnungslosen zu garantieren. Nun patrouillieren sie Nacht für Nacht, und vier Schäferhunde haben sie dabei. In diesem Winter sind bereits mehrere Obdachlose in Turin erfroren.

Krank, schmutzig, ansteckend: Mit diesem Feindbild arbeiten die Medien, die Stadtverwaltungen und ein Teil der offiziellen Gesundheitsversorgung, es ist zu einem wichtigen Instrument des institutionellen Rassismus geworden. Als die ImmigrantInnen-Schiffe aus Albanien vor Jahren in Bari anlegten, streute die Presse das Gerücht, die Albaner hätten die Cholera an Bord. Polizeiliche Isolierung und eine Massenabschiebung folgten. Die aktuelle Schmutz-Kampagne wurde nun, Ende Januar 1995, entfacht durch Leonardo Caracciola, Präsident des Roten Kreuzes in Caserta: 10% der Afrikaner in Caserta seien seropositiv, ließ er verlauten. Ohne ihr Wissen hatte er an Infektionen erkrankte Personen - 79 ImmigrantInnen aus Togo, Burkina Faso und anderen Ländern - auf Aids hin untersuchen lassen. Sieben Personen seien seropositiv - an die Presse gab er die Zahl "zehn Prozent" weiter. "Wenn wir zur Polizei gehen, um die Verantwortlichen der Untersuchung und der Kampagne anzuzeigen", sagt Roger aus Togo, "dann schieben sie uns aus Italien ab." Statt diskriminierende Aktionen auszutüfteln, sollten sich die Institutionen doch mit der Ernährungssituation und der Unterbringungsfrage auseinandersetzen, denn daher rührten die ständige Gefahr von Salmonellenvergiftung, TBC und anderen Erkrankungen. Davide Dabré, stellvertretender Vorsitzender der MigrantInnen aus Burkina-Faso, seit fünf Jahren in Italien, weist auf die Geschichte von Mamadoun Gomem hin, dem jungen Afrikaner, der auf der Autobahn gestorben ist, auf der Rückkehr von der Saisonarbeit in Calabria. Ihm wurde auf der Rückkehr in allen Krankenhäusern die Aufnahme und Behandlung verweigert. "Erst sagten sie, Lungenentzündung", sagt er, "aber dann hieß es überall - Aids!" Und die Türen knallten zu.

In Italien heißt es manchmal, wenn von der Festung Europa, der Abschottung der Grenzen und den neuen Gesetzen gegen MigrantInnen die Rede ist, das seien Nachrichten aus Europa. Die Regierung verstecke sich dahinter, wenn sie den Rassismus staatlich zu institutionalisieren versucht. Die Realität sieht nicht immer derart reglementiert aus, wie diese "Nachrichten" vorschreiben: Selbstverständlich geht die Immigration weiter, genauso wie die Initiativen und Kämpfe um Gesundheitsversorgung, um Häuser, um Lohnfragen, die seit den 80er Jahren in Italien einen italienisch-maghrebinisch-senegalesisch-philippinischen Zusammenhalt gefunden haben.

Nachrichten aus Europa: Wenn wir die aktuellen Diskussionen um die deutsche Asylcard, um den Aufbau eines EU-Frühwarnsystems zum Aufspüren von Migrations-"Strömen" (CIREFIS) und die Hochrüstung der Ostgrenze - den Eindruck der Kontrollierbarkeit durch den Staat - hinter uns lassen und nach den Realitäten der MigrantInnen in anderen Ländern fragen, erschließt sich uns eine Realität der gegenseitigen Hilfe über die Grenzen hinweg, der Netze, der Auseinandersetzungen untereinander, der täglichen Organisation.

Mailand, Viale Bligny, Hausnummer 22, zweiter Stock. Mehrere Dutzend Personen warten vor der Aufnahme einer ambulanten Krankenstation für MigrantInnen, geführt von NAGA, einer Freiwilligeninitiative von ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen, die auch von RechtsanwältInnen begleitet wird. Behandelt wird hier auch ohne Vorlage des Krankenscheins. NAGA begann 1987 als politisch-medizinischer Versuch. Heute zählt der Verein 140 Mitglieder und hat sich auf andere Stadtteile und sogar auf andere Städte ausgeweitet. 1990 ging NAGA dazu über, systematisch bei der Behandlung zu zweit zu arbeiten: Die zweite Person ist nicht nur DolmetscherIn, sondern hat auch eine ähnliche Herkunft wie der oder die MigrantIn. Die Gesundheitsversorgung wird mehr und mehr aus einem ganzheitlichen Ansatz heraus verstanden.

Nach diesem Modell entstanden in den vergangenen Jahren ähnliche Initiativen in anderen Städten. Am bekanntesten: Alma Mater in Turin, ein Frauenzentrum von Italienerinnen und Migrantinnen, das neben Gesundheitsfragen und -behandlungen auch soziale und juristische Beratungen einbezieht.

Aber auch ein Transfer der Dienstleistungen setzt ein: Einzelne ehemalige MitarbeiterInnen der verschiedenen Gruppen verstehen sich heute als kommunale Instanz, sie bieten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten nun als Consult-Kooperativen für die kommunale Administration an.

2. Kurzer Abriss der Geschichte der Irregulären, Legalisierten und der lokalen Initiativen

Im Unterschied zu Frankreich, den Niederlanden oder auch der BRD gibt es in Italien ein unüberschaubares Universum von Vereinen, Selbsthilfegruppen, antirassistischen Zentren und Anlaufstellen in Centri Sociali etc., die kaum miteinander vernetzt sind. Die starke lokale Zersplitterung hängt mit der wechselvollen Geschichte der Migrationsbewegungen und der Linken zusammen.

Nach der großen Repression Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre tauchten in Italien zunächst kaum radikale antirassistische Initiativen auf. Die beginnende Migration aus den afrikanischen Ländern organisierte sich in länderspezifischen, zunächst nicht offiziell registrierten Vereinen und Zusammenschlüssen. Der Wendepunkt kam 1989: Nach dem Mord an Jerry Masslo im Sommer jenes Jahres in Villa Literno entstand innerhalb weniger Monate eine antirassistische Kampagne - stark beeinflusst von den Gewerkschaften, der KPI und linken Basisgruppen - die zunächst in einer ersten großen Demonstration in Rom am 7. Oktober 1989 endete. Die staatliche Antwort auf diese Kampagne war die Legalisierung vieler Irregulärer (durch das Gesetz Legge Martelli) und die Anerkennung der Vereine als förderungsfähige legale Einrichtungen. Gewerkschaften und Jugendgruppen machten sich den Antirassismus allerdings in einer oft vereinnahmenden Art zueigen und - wie Aly Baba Faye (CGIL) meint - "erstickten damit den Protagonismus der Immigrantenzusammenschlüsse, denen lediglich noch das Engagement für die Bewahrung ihrer kulturellen Identität blieb." Die großen Hoffungen der Kampagne von 1989-90 wurden dadurch schnell enttäuscht, auf landesweiter Ebene brachen die solidarischen Strukturen zusammen.

Der feste lokale Bezug wurde nach dieser Erfahrung zur generellen Bedingung der Initiativen, die überlebten oder neu entstanden. Beispiele dafür sind die genannten Gesundheitsinitiativen, aber auch

lokale Partnerschaften von autonomen Centri Sociali. Sie organisieren in manchen Städten die Hilfe für Dörfer und Städte in Ex-Jugoslawien durch enge Verbindungen zu den Flüchtlingslagern in ihrer eigenen Umgebung. Wohl in jeder Stadt gibt es inzwischen gut verankerte Gruppen, unter Namen wie senza frontiere, altreluci, razzismo stop, villaggio globale, forum antirazzista spaziokamino, corto circuito, abele, senzaconfine, sos-razzismo, interzona, kafila, cicsene, break out, città aperta, nero e non solo, karama, nonantola, namasté, dar u.a.

Länderspezifische, fest organisierte Gruppen bilden vor allem Senegalesen, Bangladeshis, Pakistanis, NigerianerInnen, IvroinerInnen (Elfenbeinküste), GhanaerInnen, Philippininnen, Kapverdianerinnen (letztere sind Frauenorganisationen). Daneben gibt es die "älteren", schon länger existierenden eritreischen, palästinensischen, chilenischen, argentinischen und iranischen Gruppen. Keine Ländergruppen haben MigrantInnen aus dem Maghreb und aus Ägypten gebildet, ebensowenig die OsteuropäerInnen und die neuen EinwandererInnen aus Peru und Brasilien.

Einzigste Ausnahme: Die Roma und Sinti-Vereinigungen haben mit Opera Nomadi (Mailand, Rom, Süditalien), mit AIZO (Associazione Zingari oggi, Turin, Genua) und ADM (Associazione difesa minoranze, Florenz) u.a.O. auf die Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien vielfältig und in organisierter Form reagiert.

Der italienische Staat hat im Unterschied zur BRD in den 80er und 90er Jahren kein ausgefeiltes, flächendeckendes System von ZASTen, regionalen Verteilungsquoten und Prüfungsverfahren für die Unterscheidung von Asylsuchenden, de-facto-Flüchtlingen, Duldungen, Aufenthaltsbefugnissen, Ausweisungen bei faktischer Duldung, Abschiebeknästen usw. ausgebaut. Die Bürgerkriegsflüchtlinge - zum großen Teil Rom aus Ex-Jugoslawien - wurden en gros als "sfollati" anerkannt, ohne daß damit ein bestimmter sozialer Status festgelegt wurde: Soziale Unterstützung, Ausbau der Infrastruktur der selbstorganisierten Slumsiedlungen usw. wurden nach lokalem Zufall oder nach dem jeweiligen Kräfteverhältnis geregelt, in der Regel erschöpft sich die Unterstützung mit der Zuweisung von Stellplätzen. Häufige rassistische Angriffe und die ständige Brandgefahr in den Holz- und Plastikslums schaffen ein Klima der Angst.

Aufgrund fehlender staatlicher Unterstützung sind Flüchtlinge und MigrantInnen praktisch vom ersten Tag an in die Billiglohnarbeit gedrängt. Sie finden in Süditalien überwiegend in der Landwirtschaft Beschäftigung, in Norditalien in allen Industriezweigen, und außerdem als fliegende Händler in den Großstädten. Die tatsächliche Auszahlung ihres kärglichen Lohns, die Reduzierung des Arbeitstags - 12 bis 16 Stunden sind durchaus üblich - und die Wohnverhältnisse (Schicht-Schlafen in Autos etc.) gehören zu den sozialen Basisfragen dieser Gruppen. Aber auch in anderen Sektoren der italienischen Gesellschaft wird die soziale Segregation, die systematische Ausgrenzung zunehmend als Grundproblem der neuen Entwicklung in Europa verstanden.

Erwähnt werden muß, daß es neben diesen landwirtschaftlichen und industrieförmigen Ausbildungen von Billiglohnarbeit andere Beschäftigungsverhältnisse und Migrationsformen gibt, die sich stark von den BRD-Verhältnissen unterscheiden. Zum einen hat sich in Italien bereits in den 70er Jahren eine regulierte Form der Immigration von Philippininnen und später von Kapverdianerinnen herausgebildet, die im staatlichen Rahmen angeworben wurden und bis heute in Privathaushalten beschäftigt werden. Sie haben sich wesentlich fester organisiert als alle später ankommenden Flüchtlinge und ImmigrantInnen.

Zum anderen ist Italien seit 1989 zum Durchgangsland für Menschen vor allem aus dem Balkan, aber auch aus asiatischen Ländern geworden. Obwohl bereits der italienische Staat bereits damals schwere Geschütze aufgeföhren hat - das Militär sollte die Seewege kontrollieren - ist gerade Süditalien heute ein wichtiger provisorischer Ankunftsort für Menschen auf der Flucht. Die zerklüftete Küste ist praktisch nicht zu kontrollieren, und Großstädte wie Bari haben sich in den letzten Jahren zu

Metropolen auch der MigrantInnen entwickelt. In den Stadtteilen der Armut und der weitgehenden faktischen Abwesenheit des Staats bilden sich die unsichtbaren Durchgangslager für Flüchtlinge und MigrantInnen aus, auf ihrem Weg "nach Europa".

Als staatlich eingerichtete Vertretung der politisch Verfolgten gibt es seit drei Jahren in Rom den CIR (Consiglio italiano dei rifugiati). Weitere landesweite Betreuungsstrukturen für Flüchtlinge und MigrantInnen gibt es bei den Kirchen, durch Caritas etc., und den Gewerkschaften. Unabhängigen Unterstützungsstrukturen gibt es nur auf lokaler Ebene, allenfalls noch als regionale Koordination.

Nach Daten, die die Gemeinde S. Egidio in Rom kürzlich veröffentlicht hat, hat sich die Zahl der regulären Nicht-EU-ler in Italien verringert, von 834.451 (10/93) auf 767.171 (10/94). Vermutet wird ein großer Anstieg von Irregulären (d.h. von Personen, die mit einem Touristenvisum eingereist sind, das inzwischen abgelaufen ist, oder aber ohne Visum oder mit falschen Papieren nach Italien gekommen sind), Schätzungen geben Zahlen zwischen 500.000 und einer Million Irregulärer in Italien an. Zur Zeit gibt es eine Legalisierungsinitiative von Luigi Manconi und weiteren 34 Senatoren (Gesetzentwurf Nr. 1119 vom 9. November 1994), die die Aufenthaltserlaubnis für Beschäftigte und Saisonarbeiter vorsieht. In der Camera gibt es eine ähnliche Initiative, Vorschlag Nr. 1314 vom 26. September 1994. (Da sind Parallelen zu Spanien zu erkennen, dort haben Gewerkschaften und Vereine am 26. November 1994 für eine Legalisierungsinitiative demonstriert).

Die Vorschläge haben eine erneute Diskussion über Art und Funktion von Legalisierungsgesetzen ausgelöst. Unabhängige Initiativen vor allem aus Norditalien, die tagtäglich mit den Erfahrungen der Irregulären leben, weisen darauf hin, daß die vorgeschlagene Voraussetzung zur Legalisierung - der Nachweis einer regulären Arbeit - gerade von den Irregulären nicht zu erbringen sei. Sie fordern daher die Legalisierung aller Personen, die sich im Lande aufhalten. Die Argumentation dieser Gruppen betont die Notwendigkeit, eine "cittadinanza" neu zu begründen, d.h. eine Rechtsvorstellung, die die gleichen Rechte aller Personen postuliert. Nur mit einer neuen Bürgerrechtsbewegung sei eine dauerhafte Segregation à la USA der 50er und 60er Jahre zu verhindern.

Auf der anderen Seite äußern vor allem römische, parlamentsnahe Gruppen die Befürchtung, daß unter der Regierung Dini kaum eine umfassende Status-Verbesserung durchzusetzen sei. Denn derzeit wird augenscheinlich das Konzept für eine zukünftige Abschiebep Praxis entwickelt, wie es uns bisher nur aus Deutschland bekannt ist. Regierungschef Dini hat in diesen Tagen den ehemaligen Präfekten der Stadt L'Aquila zum außerordentlichen Kommissar für Notstand durch Immigration und für anstehende Abschiebungen ernannt. "Rückschiebungen" heißen in Neu-Italienisch nun "restituzioni". MigrantInnen und Flüchtlinge stellen in der regierungsoffiziellen Optik in erster Linie ein Problem der öffentlichen Sicherheit dar.

Am 25. Februar 1995 wird in Rom eine breit angelegte, seit langem angestrebte antirassistische Demonstration stattfinden, Thema wird sicherlich der neue Legalisierungsversuch. Vielleicht entsteht damit ein neuerlicher Anlauf, auf Landesebene eine Koordination und eine praktisch orientierte Politik der Selbstorganisation und Unterstützung zu etablieren.

3. Ein Dach über dem Kopf: die 800 Organisierten

Doch zurück zur direkten Auseinandersetzung, zu den Erfahrungen, die zu den anderen "Nachrichten aus Europa" gehören: Via Capo d'Armi, eine Straße am Westrand der Stadt Ostia bei Rom. Der Asphalt reicht nicht ganz bis zu den drei gelb-grauen Wohnblocks "A", "B" und "C" am Ende der Straße. 800 BesetzerInnen wohnen hier, zu einem guten Drittel sind es ImmigrantInnen und Flüchtlinge. Die Wohnblocks wurden 1993 in nicht bezugsfertigem Zustand aufgegeben, die

Baugesellschaft Federconsorzio hat sich zurückgezogen. "Als wir die Blocks Ende 1993 besetzt haben", sagt Paolo, "waren das nur Mauern, nicht einmal Toiletten waren eingebaut. Wir haben die Gebäude inzwischen bewohnbar gemacht, das hat uns viel gekostet. Und eine Räumung ist immer noch möglich." Es sind kleine, hergerichtete Wohnungen geworden, aber jetzt, Anfang Februar, ist es auch hier drinnen sehr kalt. "Seit ein paar Wochen haben wir Probleme mit dem Strom, er reicht einfach nicht für alle Wohnungen. Die Acea, der wir fette 10 Millionen Lire (ca. 10.000 DM) bezahlen, hat die Gebühren erhöht. Jetzt sammeln wir Geld, um die Stromrechnungen zu bezahlen, auch weil sonst Kinder und Alte krank werden können in dieser Kälte."

Von den 800 BesetzerInnen wohnen fast alle hier als Paare oder als Familie zusammen. Aus Marokko und Ägypten kommen die meisten, andere sind aus Rumänien, von den Kapverden, aus Polen, Albanien, Argentinien, Uruguay, von der Elfenbeinküste, aus Somalia, Senegal und aus Sierra Leone.

Selbstverständlich gibt es einen Besetzerrat. Jedes Stockwerk wählt eine Person, die daran teilnimmt. Der Rat trifft sich mindestens einmal pro Woche.

Die Erfahrungen, die die BesetzerInnen hierher zusammengeführt haben, sind äußerst unterschiedlich: Viele ÄgypterInnen sind mit der ersten Immigrationsmöglichkeit in den 70er Jahren nach Italien gekommen und haben sich in Ostia angesiedelt. Andere haben die Besetzung der großen leerstehenden Fabrik Pantanella in der Nähe des Hauptbahnhofs in Rom mitgemacht, aber das Gebäude wurde 1991 von der Polizei geräumt. Andere haben in der Slumsiedlung an der Viale Palmiro Togliatti gewohnt. Und aus dem Stadtteil Preneste kamen Leute dazu, die nach dem Brandanschlag auf ihr Zentrum und der anschließenden Räumung obdachlos geworden waren. Paolo: "Diese Besetzung hier entstand dann am Vittorio Veneto, einer abgewohnten und verlassen Siedlung am Meer. Viele Immigranten, vor allem somalische Flüchtlinge, hatten das besetzt, noch heute ist das ein wichtiges soziokulturelles Zentrum, wo viele Jugendliche aus dem Centro Sociale Spaziokamino hinkommen, deren Zentrum wurde ja von den Nazis abgebrannt. Obwohl der Ort ja ziemlich groß ist, reichte er bald nicht mehr aus, um alle ankommenden Migranten unterzubringen. Wir wußten von diesen Wohnblocks und haben die dann einfach besetzt. Bevor wir reinkonnten, mußten wir allerdings die Malavita-Banden vertreiben, die die Gebäude für ihre Geschäfte genutzt haben. Diese Gegend liegt ja ziemlich ab von anderen Siedlungen, die Polizei kam nie hierher, die hatte Angst. Nicht aus Zufall waren hier die Dealer und Glatzköpfe, die in Ostia recht stark und gut organisiert sind. Wir hatten mit denen auch richtige Zusammenstöße, aber zum Schluß ist es uns gelungen, sie zu vertreiben."

Amina, in Block "C", ist eine ca. 50jährige Frau aus der marokkanischen Stadt Fes. Nach der Räumung des Zentrums Prenestino wurde sie von der Stadtteilverwaltung in ein Aufnahmelager in der Gegend von San Giovanni verlegt. Aber der "Aufenthalt" dort war für sie immens teuer. "Für ein Bett in einem Raum, den ich mir mit fünf anderen Personen teilte, mußten wir jeweils 350.000 Lire (ca. 350 DM) zahlen. Ich habe fünf Kinder, wir konnten das nicht zahlen. Hier nach Ostia bin ich im Sommer 93 gekommen. Eine Freundin hatte mir von anderen Personen erzählt, die dieselben Probleme hatten, und die habe ich dann häufiger besucht..." Die Frau wohnt seit 14 Jahren in Italien, fast alle ihre Kinder sind in Italien geboren. Alle Anträge auf eine Sozialwohnung wurden abgelehnt.

Weitere Informationen zur Februar- Demonstration, zu Erfahrungen der MigrantInnenbewegung und zur Legalisierungsdiskussion in:

- il mese, 1/95. suppl al n. del manifesto und
- il manifesto, 5.2.95.

Nachfragen, Kontakte:

- FFM im Mehringhof, Gneisenastr. 2 a, 10999 Berlin, fax 030 - 693 8318

Lesehinweise:

caffé (Rom), Senzaconfine (Rom), Mondialità (Brescia), Terzo Mondo informazioni (Torino), Confronto (Fonte), Terra nuova Forum (Rom), Sud/sud (Teggio Calabria), Amanecer (Calvagese), Sial (Verona), Il Calendario del Popolo (Mailand), Partecipazione (Lungro), La Terra vista dalla Luna (Rom).